

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

BONN

WÄHRUNGS-KRISE

Deutsche Frage

(siehe Titelbild*)

An einem trüben Herbsttag des Jahres 1931 löste Englands Premierminister Ramsay MacDonald das Pfund Sterling vom Gold und wertete damit die britische Währung um 30 Prozent ab. In den nächsten Monaten folgten nicht weniger als zehn Staaten dem englischen Schritt und werteten ebenfalls ab. Es war der Beginn der bis dahin größten Währungskrise der Geschichte. Die Devisenmärkte krachten zusammen, und für mehr als 15 Jahre blieb der internationale Kapitalverkehr durch Devisen-Zwangswirtschaft gefesselt.

37 Jahre später, im November 1968, stürzte das Währungssystem der Welt abermals in eine schwere Krise. Heute wie damals hatte das Pfund den Anfang gemacht. Anschließend geriet auch der Dollar unter Druck, und in den letzten Wochen wackelte schließlich der Franc.

Allein die Mark blieb stabil. Je tiefer die Kurse für Pfund, Dollar und Franc abglitten, desto begieriger griffen Spekulanten aller Länder nach dem deutschen Geld.

An allen internationalen Devisenbörsen und auf dem Schwarzmarkt, der sich urplötzlich rund um die Pariser Oper auftat, notierte Deutschlands Währung über alles in der Welt.

Der Glaube an die starke Mark ver setzte Berge von schwachem Geld. Binnen vier Wochen tauschten Ausländer bei deutschen Banken für etwa 18 Milliarden Mark eigene Währung gegen D-Mark ein, allein 7,2 Milliarden Mark zwischen Freitag vorletzter Woche und vergangenem Dienstag. Der Frankfurter Devisenmakler Dieter Henke: „An jedem Freitag lag die gesamte Liquidität der Welt in Deutschland.“

Wochenlang lasteten „dumpfe Ahnungen“ („Schweizerische Handelszeitung“) auf den Börsen und Devisenmärkten, „monetäre Schockwellen“ („New York Times“) gingen um die

Erde. Spekulanten und Bankiers erwarteten an jedem Wochenende, die Regierungen in Bonn und Paris würden dem Spuk ein Ende setzen: durch Aufwertung der Mark und Abwertung des Franc.

In den deutschen Grenzorten stauten sich vor den Bankschaltern Reisende aus Frankreich. Sie stapelten Franc-Bündel aus Taschen und Koffern auf den Tresen und verlangten Mark dafür.

Andere Franzosen richteten entlang des Rheins auf Mark lautende Sparkonten ein. Der Ansturm war so groß, daß die Wechselstuben auf Flughäfen und Bahnhöfen Mittwoch letzter Woche nur noch Franc-Beträge für bis zu 100 Mark umtauschten. Am Donnerstag nahm die Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank an der Grenze der Bundesrepublik pro Person nur noch ausländische Valuta im Wert von 50 Mark an.

Als am Buß- und Betttag die meisten Devisenbörsen Europas für den Rest der Woche ihre Tore schlossen, riegelten Hilfskräfte den Cheftrakt des Wirtschaftsministeriums in Duisdorf bei Bonn ab. Bedienstete im Sonntagsanzug sperrten den Parkplatz vor Karl Schillers Amtssitz mit Wimpelleinen. Ein Zigarettenautomat im Erdgeschoß-

Konferenzraum wurde beiseite geschafft, um Platz für den Einzug der 100 wichtigsten Währungspolitiker der Welt zu schaffen. Um 12.15 Uhr meldete ein Beamter seinem Vorgesetzten: „Die Herren von der Sicherungsgruppe sind da.“

Auf dem Höhepunkt der Krise hatte Schiller die Finanzminister und Notenbankpräsidenten samt Troß von Spezialisten aus den neun wichtigsten Industrieländern der westlichen Welt nach Bonn geladen, um den sich rapide ausbreitenden Währungsbrand zu löschen. Einziger Tagesordnungspunkt: „Meinungsaustausch über die internationale Währungssituation“.

Als Schillers Fourage-Beauftragter Burmeister noch mit der Gastronomie Blatzheim in Köln und Bonn über ein kaltes Buffet („Keine Schnittchen, es muß international sein“) verhandelte und in Duisdorf nur einen Bäcker bewegen konnte, 200 Butterbrote zu liefern, trafen gegen Mittag die Gäste aus den zehn stärksten westlichen Industrieländern ein, dem sogenannten Zehnerklub, dessen Vorsitz der deutsche Wirtschaftsminister in diesem Jahre innehat. Schiller empfing sie unter einem spanischen Stierkampfplakat mit dem Aufdruck: „Matador Karl Schiller“. Der Matador, gerade

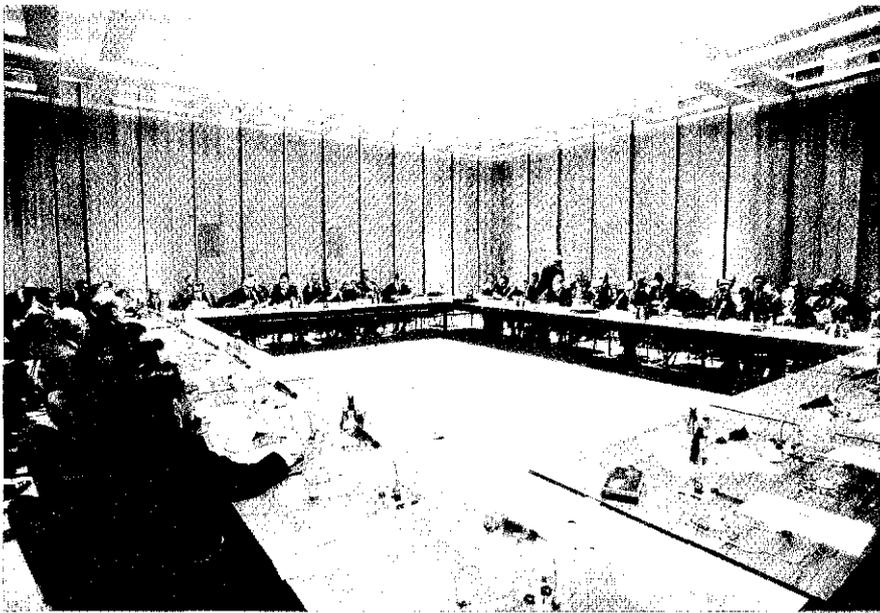


Konferenz-Herr Schiller, Gast Fowler: „Wer hat eigentlich den Krieg verloren?“

* Aufnahme einer Mark mit einem Fisheye-Objektiv, das 180 Grad erfasst.

erst von einem Magenkatarrh genesen, begrüßte die Geldprominenz von Japan bis Kanada nervös, doch mit der Eleganz des Weltmannes. „New York Times“: „In Bonn, wo sich die Spezialkenntnisse der Politiker vornehmlich auf Jagen und Fischen beschränken, ist der Professor der einzige international respektierte Fachmann.“ Mit zwölf Minuten Verspätung zog sich die Runde hinter Doppeltüren zur Beratung zurück.

Zur gleichen Stunde packte Pierre-Paul Schweitzer, ein Neffe des Urwald doktors Albert Schweitzer und Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds (IWF), in Ghana seine Koffer und eilte nach Bonn. Von der Elfenbeinküste wurde der EWG-Präsident Jean Rey telegraphisch nach Brüssel zurückgerufen.



Währungs-Konferenz in Bonn: Der Glaube an die starke Mark.

Was von Schiller als Rettungswerk der siechen Weltwährungen Dollar, Franc und Pfund geplant war, glich freilich bald eher einem Tribunal gegen die Mark. Amerikas Finanzminister Henry Fowler (Schiller: „Mein Freund Joe“), Frankreichs Wirtschafts- und Finanzchef François-Xavier Ortoli und Englands Schatzkanzler Roy Jenkins forderten die Deutschen unverhüllt auf, endlich den befreienden Schritt zu tun und die Mark aufzuwerten: das heißt, den Preis für deutsches Geld gegenüber allen anderen Währungen heraufzusetzen.

Nie zuvor konnten die Deutschen am Rhein mehr spüren, daß keiner sie ob ihres Fleißes und ihrer Vertragstreue liebt. Nie wurde deutlicher, daß Westdeutschland trotz eifertigen Bemühens und Milliardenkredite in der Familiengemeinschaft des Westens nur eine Schlafstelle auf dem Küchensofa ergattert hat. Mit geballtem Unmut forderten die Verbündeten ein Opfer von Bonn, ohne bereit zu sein, die von ihnen heraufbeschworene Währungs-krise selbst drastisch zu bekämpfen.

Amerikas Fowler führte sich auf „wie ein Hoherpriester des Dollar“ (Kiesinger). De Gaulles Finanzmann Ortoli sprach nicht über die Wirtschaftsschlampe in seinem Land, sondern von der Störfunktion der Deutschen Mark. Und wie Englands Premier Wilson um Mitternacht von Dienstag auf Mittwoch Botschafter Blankenhorn die massive Forderung auf zwölf Prozent deutscher Aufwertung hinknalte — sonst würden Folgen für das Verteidigungsbündnis eintreten —, das nannte Willy Brandt einen „typischen Auswuchs des Spätkapitalismus“.

Noch am Dienstag hatte Karl Schiller gemeint, die Währungs-Unruhe in der Welt durch eine „deutsche Vorleistung“ dämpfen zu können. Vor den Kameras des Fernsehens kündigte der

erwies sich als unfähig, die seit Jahren anhaltende Inflation (jährlicher Wertverlust des Pfundes: derzeit fünf Prozent) zu stoppen. Frankreich schließlich verzehrte sich in Großmannssucht und inneren Unruhen, die Lebenshaltungskosten stiegen allein seit Mai um rund zehn Prozent.

Die laxen Währungsmoral riß Löcher in die Devisenbilanzen der Inflationenländer. Bereits im ersten Halbjahr 1968 schloß Frankreichs Handelsbilanz mit einem Defizit von 2,54 Milliarden Mark ab, in den letzten Monaten flossen zusätzlich noch einmal für 10,6 Milliarden Mark Gold und Devisen ins Ausland ab. Steigende Inlandspreise trieben auch in England die Importe hoch und drückten die Ausfuhr. Ende Juni klappte ein Fehlbetrag von acht Milliarden Mark in Englands Handelsbilanz mit dem Ausland. In den USA schließlich mußte Finanzminister Fowler allein im letzten Jahr ein Zahlungsbilanz-Defizit von 14,3 Milliarden Mark verbuchen.

Vom Währungs-Beben blieb zunächst allein Westdeutschland unberührt. Je mehr Defizite die großen Schuldnerländer machten, desto breiter wurde der Devisenstrom, der in die Kassen der Frankfurter Bundesbank floß. Bis Ende September erzielte die Bundesrepublik zwölf Milliarden Mark Handelsbilanzüberschuß.

Selbst nach Abzug der Ausgaben deutscher Touristen im Ausland und der sogenannten Übertragungen, etwa für Wiedergutmachung und Gastarbeiter-Überweisungen, blieb noch ein Plus von mehr als sieben Milliarden Mark. Sogar die vorsichtige Bundesbank schätzt, daß diese Summe bis Jahresende auf zehn Milliarden Mark anwachsen wird.

Um den Devisenberg abzutragen und den Mißmut der Handelspartner über den deutschen Reichtum zu dämpfen, förderten Bundesregierung und Notenbank den Kapitalexport. Allein für fünf Milliarden Mark wurden in Deutschland Anleihepapiere ausländischer Staaten und Gemeinden abgesetzt. Weitere vier Milliarden Mark stellte Bonn als Stützungs-Kredite für Dollar, Pfund und Franc zur Verfügung.

Trotzdem wuchs unter den Siechen der Ärger über die gesunde Mark und zugleich der Wunsch, die deutsche Währungs-Disziplin als Verstoß gegen die internationale Solidarität hinzustellen. Frankreichs Premierminister Couve de Murville behauptete noch in der letzten Woche im französischen Fernsehen, schuld an dem Franc-Desaster sei in erster Linie Deutschland, das sämtliche Reserven an sich ziehe.

Der gaullistische „France-Soir“ brachte die Stimmung der Nachbarländer auf den Generalnenner: „Bei den gegenwärtigen Spannungen geht es im Grunde um den Platz der Bundesrepublik in der westlichen Welt, ihren Reichtum, der plötzlich drückend und übermäßig geworden ist. Niemand spricht davon, aber die deutsche Frage ist der eigentliche Hintergrund des monetären Dramas. Die Bonner Regierung hat zu viele Devisen, weil die

Minister an, er werde Deutschlands Exporteuren eine auf 15 Monate befristete Ausfuhrsteuer von vier Prozent auferlegen. Um den gleichen Betrag sollen die Einfuhren durch Steuervergünstigungen verbilligt werden.

Deutschen Exportfirmen, die in diesem Jahr erstmals phänomenale 100 Milliarden Mark im Ausland Erlösen (13 Milliarden mehr als 1967), droht damit ein Bußgeld von vier bis fünf Milliarden Mark. Den Importeuren hingegen (Einfuhren 1968: 82 Milliarden Mark) winken rund drei Milliarden Mark Subventionen. Durch diese Maßnahmen will die Bundesregierung die deutschen Zahlungsbilanzüberschüsse (1968: voraussichtlich zehn Milliarden Mark) um die Hälfte kappen.

Das Bonner Vorhaben gleicht freilich einer Strafaktion gegen das einzige große westliche Industrieland, das in den vergangenen Jahren seinen Währungs- und Staatshaushalt am Zügel hielt. Amerikas Krieg in Vietnam ließ die Kaufkraft des Dollars in diesem Jahr um vier Prozent schwinden. Die britische Regierung Wilson

deutschen Exporteure zuviel ins Ausland verkaufen, weil ihre Industriellen zu tüchtig sind."

Somit seien „die deutschen Tugenden zur Ursache der Unordnung in der Welt“ geworden. „France-Soir“: „Deutschland ist zu reich, seine Industrie ist zu mächtig, weil die Deutschen wenig verbrauchen, wenig ausgeben, selten in Ferien fahren, geduldig darauf warten, daß ihnen der Arbeitgeber eine kleine Lohnerhöhung gewährt. Und sie streiken niemals. Es wäre alles so einfach, wenn sie es so wie alle Welt machten.“

Den Regierungen in Amerika, England und Frankreich erscheint es daher leichter, die eigene Krankheit zu kurieren, indem sie Westdeutschland den Schlendrian einimpfen. Die atlantische Wirtschaftsgemeinschaft OECD in Paris forderte im vergangenen Juli die Bundesregierung in einer Studie auf, den Schiller-Kurs des kontrollierten Wirtschaftsaufschwungs zu ändern und statt dessen durch zusätzliche Steuer-Anreize Nachfrage und Preise so anzuheizen, daß der Wettbewerbsvorteil der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt schwinden würde.

Doch sowohl Schiller wie Kiesinger, in denen wie bei den meisten Deutschen der Schock zweier Inflationen nachwirkt, lehnten ab. Schiller ließ die OECD wissen, die Bundesrepublik denke nicht an eine künstliche Inflation. Die Regierung werde alles tun, die Preise auch im nächsten Jahr nicht stärker als um ein bis zwei Prozent steigen zu lassen.

„Die Tatsache“, so klagte darauf Englands „Financial Times“, „daß die Deutschen im nächsten Jahr nur ein Prozent Inflation zulassen wollen, muß den meisten Ländern ein Dorn im Auge sein.“ Und wie vorher schon andere britische Blätter, empfahl die Zei-



Frankreichs Finanzminister Ortoli ... versetzte Berge von schwachem Geld

tung als Rezept gegen die böse deutsche Tüchtigkeit: „Aufwerten.“

In der Tat wäre dies eine Möglichkeit, die deutschen Devisenüberschüsse zu vermindern. Nach einer Mark-Aufwertung von beispielsweise zehn Prozent müßten etwa US-Importeure deutscher Erzeugnisse für jeweils vier Mark Warenwert nicht mehr wie bisher einen Dollar, sondern 1,10 Dollar zahlen. Mithin würden westdeutsche Exportgüter auf den Weltmärkten teurer und wären damit schwerer abzusetzen.

Umgekehrt würden Einfuhren aus allen übrigen Ländern in die Bundesrepublik um den Prozentsatz billiger, um den der Wert fremder Währungen sinkt: bei einer zehnpromzentigen Mark-Aufwertung um 9,09 Prozent. Somit könnten die Einfuhren steigen und der Überschuß der Zahlungsbilanz schrumpfen.

Tatsächlich sind ständige hohe Exportüberschüsse ebenso gefährlich wie ein langanhaltendes Zahlungsbilanz-Defizit. Durch eine überschäumende Exportkonjunktur werden dem Inlandsmarkt dringend benötigte Kapazitäten entzogen. Dies aber führt zu Produktions-Engpässen und mithin zu Preissteigerungen. Zudem verstärkt der ständige Devisenzustrom die innere Liquidität eines Landes, der daraus resultierende Nachfrage-Anstieg wirkt ebenfalls preistreibend.

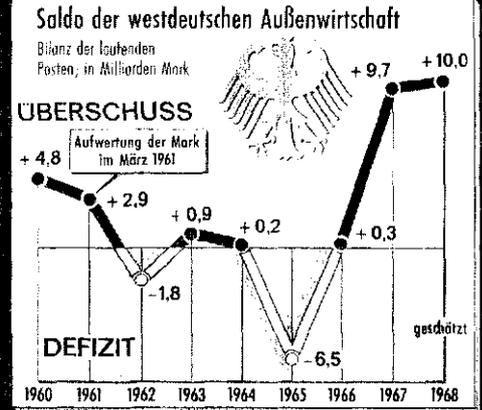
Somit kann sich ein Land wie die Bundesrepublik bei dem gegenwärtig herrschenden System fester Wechselkurse der überschüssigen Devisen nur erwehren, indem es entweder aufwertet oder aber wartet, bis eigene Preis- und Kostensteigerungen seine Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zunichte machen.

Gerade diese Konsequenz wäre freilich ökonomisch widersinnig. Ein inflatorischer Preisauftrieb würde nicht allein die Guthaben von Millionen deutscher Kleinsparer entwerten, sondern auch den Beziehern fester Einkommen wie beispielsweise Beamten und Angestellten einen stetig wachsenden Teil ihrer realen Kaufkraft rauben.

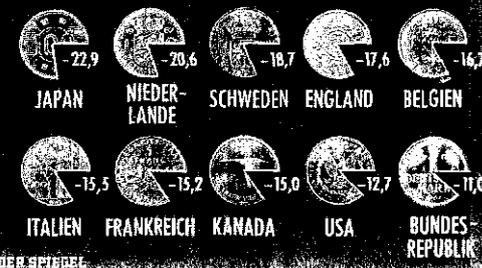
Aus diesem Grunde befürworten nicht allein die deutschen Sparkassen eine maßvolle Aufwertung. Auch der Sachverständigenrat, der alljährlich der Bundesregierung über die konjunkturelle Entwicklung berichtet, trat bereits vor Veröffentlichung des diesjährigen Gutachtens für eine Kurskorrektur ein. Das Ratsmitglied Professor Herbert Giersch: „In einer Welt mit steigenden Preisen kann man das deutsche Binnen-Preisniveau nicht stabil halten, ohne von Zeit zu Zeit die ausländischen Devisen zu verbilligen, also die Mark aufzuwerten.“

Das Gezerre um die Wechselkurse, das in der Bonner Währungskonferenz gipfelte, macht die schwerwiegenden Mängel in der geltenden Währungsordnung sichtbar. Diese Ordnung wurde in der Not des Zweiten Weltkriegs geboren, als sämtliche Industriestaaten außer den USA finanziell ruiniert waren.

D-MARK ÜBER ALLES



Kaufkraftschwund der Währungen des Zehner-Klubs in den letzten fünf Jahren (in Prozent)



Auf der Währungskonferenz von Bretton Woods (US-Staat New Hampshire) im Jahre 1944 glaubten sich die Vertreter aus 44 Ländern vor künftigen Währungs-Katastrophen nur durch ein System starrer Wechselkurse schützen zu können.

Danach bemißt sich der Tauschwert jeder einzelnen Währung nach einem genau bestimmten Verhältnis (Fachwort: Parität) zum US-Dollar, der seinerseits an eine bestimmte Menge Gold gebunden ist. Lediglich aus technischen Gründen, so räumten die Reformen ein, dürfe sich der tatsächliche Kurs jeder einzelnen Währung je nach Angebot und Nachfrage um rund ein Prozent von seiner Parität nach oben (oberer Interventionspunkt) und unten (unterer Interventionspunkt) entfernen.

Droht der Marktpreis einer Valuta — etwa infolge eines Zahlungsbilanzüberschusses oder -defizits — trotzdem den oberen oder unteren Fixpunkt zu durchstoßen, muß die Zentralbank soviel eigene Währung verkaufen oder ankaufen, bis sich auf den Devisenmärkten der Kurs wieder in der Nähe der Parität eingependelt hat.

Nur im äußersten Notfall, so bestimmten die Experten in Bretton Woods, bei einem „fundamentalen Ungleichgewicht“ der Zahlungsbilanz, darf ein Land von der einmal festgesetzten Parität abweichen und seine Währung auf- oder abwerten.

Um das System von Bretton Woods funktionsfähig zu machen, gründeten die Teilnehmerstaaten der Währungskonferenz 1945 den Internationalen Währungsfonds (IWF) mit Sitz in Washington. Jedes der ursprünglich 29 Mitgliedsländer (heute 109 Staaten) muß bei seinem Eintritt entsprechend seiner Wirtschaftskraft einen Beitrag

(Quote) in eine gemeinsame Kasse einschießen, ein Viertel davon in Gold, den Rest in eigener Währung.

Von diesem Geld kann der IWF seinen in Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten geratenen Mitgliedern jederzeit kurzfristige Devisenkredite gewähren. Auf diese Weise sollen die Zentralbanken der zahlungsschwachen Länder die Möglichkeit erhalten, auf den Devisenmärkten eigene Währung anzukaufen, wenn einmal der Kurs unter die Garantielinie abrutscht.

Indes, so perfektionistisch dieses System auch konzipiert wurde, schon bald nach Gründung des IWF trat seine Unzulänglichkeit zutage. Dadurch, daß die IWF-Regeln Auf- oder Abwertungen nur gestatten, wenn die Zahlungsbilanz eines Landes schon im „fundamentalen Ungleichgewicht“ ist, können Wechselkurs-Operationen im

werten, hören wir von den Politikern sicher wieder solche Lobsprüche wie: „You are a very good boy.“ Aber bei unseren Kunden werden wir, wie nach der Aufwertung 1961, einen erneuten Vertrauensverlust erleiden.“

Auch bei Abwertungen devisenschwacher Währungen zahlen jene Staaten den größten Teil der Zeche, die Forderungen gegen die Schuldnerländer haben. Eine Dollar-Abwertung in Höhe von zehn Prozent beispielsweise würde die Dollar-Guthaben aller übrigen Staaten um zehn Prozent entwerten.

Das gegenwärtige System fester Wechselkurse führt Schuldnerländer geradezu in Versuchung, sich auf einen Schlag eines Teils ihrer Verpflichtungen zu entledigen. Als die britische Regierung im November 1967 das Pfund Sterling um 14,3 Prozent ab-

der international renommierte Saarbrücker Währungstheoretiker Professor Egon Sohmen, 38, seien gezwungen, „jede Absicht einer Paritätsänderung um so nachdrücklicher zu leugnen, je dringender die Maßnahme ist und je näher sie bevorsteht.“

Und weiter Sohmen: „Es gibt kaum ein anderes internationales Abkommen, dessen zwingende Folgen so eindeutig mit dem Moralkodex aller zivilisierten Staaten in Widerspruch stehen, wie dies für die Statuten des Internationalen Währungsfonds zutrifft.“

Das heutige Währungssystem, resümierte auch der kürzlich verstorbene Währungswissenschaftler Professor L. Albert Hahn, „hat sich als das schlechteste aller Systeme erwiesen“.

Fast alle Nationalökonomien von Format treten seit langem für die Abschaffung des Systems fixierter Wechselkurse ein und verlangen statt dessen die Freigabe der Devisen-Notierungen. In einem solchen Fall würde sich der Kurs einer Währung entgegen der heutigen Praxis behördlich verordneter Kurse an den Devisenmärkten jeweils nach Angebot und Nachfrage einstellen. Steigen die Zahlungsbilanz-Überschüsse eines Landes, steigt an den Devisenmärkten auch die Nachfrage nach der Landesvaluta. Mithin klettert die Notierung. Umgekehrt: Wachsen infolge zu laxer Preispolitik eines Landes die Importe schneller als die Ausfuhren, sackt der Kurs des Defizitlandes automatisch ab.

Dieses System flexibler Wechselkurse ist nicht allein ehrlicher als das bestehende; vor allem zwingt es die Staaten zu mehr finanzieller Solidität. Denn jeder durch wirtschaftspolitische Fehler verursachte stärkere Preisauftrieb würde sofort den Wechselkurs drücken. Dadurch würden jene Politiker entlarvt, die ihre Bürger etwa durch Wahlgeschenke und Gefälligkeits-Subventionen überzeugen wollen.

Tatsächlich haben denn auch die Wirtschaftspolitiker fast aller Länder bislang die flexiblen Kurse verteidigt. Bereits 1964 hatte der Sachverständigenrat, der alljährlich der Bundesregierung über die wirtschaftliche Entwicklung berichtet, freie Wechselkurse empfohlen. Die Antwort Ludwig Erhards: „Die Bundesregierung zögert nicht, diese Ansicht des Sachverständigenrates abzulehnen.“ Begründung: Die Volkswirtschaft würde durch andauernd „wechselnde Kurserwartungen und spekulative Kapitalbewegungen“ beunruhigt.

Noch größere Unruhe und noch mehr Spekulation als in den vergangenen Monaten sind freilich kaum noch denkbar. Selbst Bundespressesprecher Günter Diehl gab in der vergangenen Woche zu, seine Regierung sei durch die „in der Finanzgeschichte bisher unbekannte Beschleunigung der Geldströme“ überrascht worden.

Auch für manche deutsche Banken kam der Milliardenregen so über-



Devisen-Umtausch bei einer deutschen Bank: Franc-Bündel aus dem Koffer

Extrem volkswirtschaftlichen Katastrophen gleichkommen.

Bei einer Aufwertung der Deutschen Mark müßten Branchen mit hohen Exporten wie etwa die Automobil-, Maschinen-, Chemie- und Werftindustrie Milliarden-Verluste erleiden, weil sie ihre künstlich verteuerten Erzeugnisse auf den Auslandsmärkten schwerer unterbringen können. Das Risiko wiegt um so schwerer, je größer der Ausfuhranteil an der Produktion ist. Das Wolfsburger VW-Werk zum Beispiel verkauft zwei Drittel seiner Automobile jenseits der Grenzen, in der Rezession der Jahre 1966/67 betrug die Ausfuhrquote sogar bis zu 85 Prozent.

Die Siemens AG macht jährlich 3,5 Milliarden Mark Auslandsumsatz, das sind zwei Fünftel ihrer Produktionsleistung. Eine Aufwertung von nur fünf Prozent würde dem Unternehmen einen Währungsverlust von jährlich 75 Millionen Mark bringen. Siemens-Chef Dr. Gerd Tacke: „Wenn wir auf-

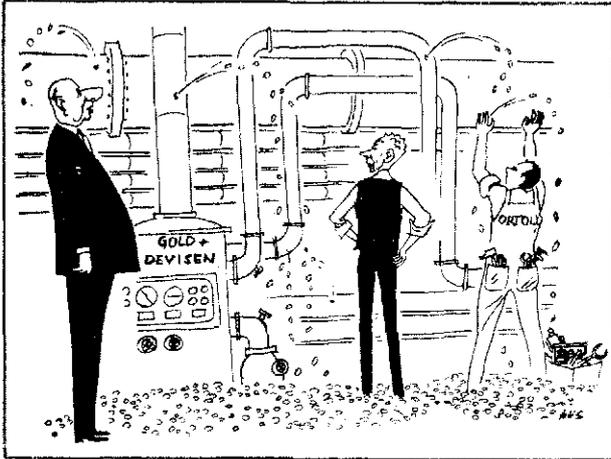
wertete, erlitten allein die Commonwealth-Länder, die ihre eigenen Währungsreserven in Pfund Sterling halten, rund fünf Milliarden Mark Verlust.“

Tatsächlich war die 1944 geschaffene Weltwährungsordnung trotz stabiler Wechselkurse nie stabil, wenngleich sie dem Welthandel „Liquidität verschaffte“ (Schiller). Seither haben die IWF-Mitglieder allein 61 Abwertungen vorgenommen — je einmal wurde die Deutsche Mark (am 6. März 1961) und der niederländische Gulden (am 7. März desselben Jahres) um jeweils fünf Prozent aufgewertet.

Bei allen Wechselkurs-Operationen wiederholte sich das gleiche Spiel. Um den spekulativen Geldabfluß oder -zufluß zu bremsen, mußten die Notenbank-Chefs selbst dann noch jeden Kurswechsel dementieren, wenn dieser längst beschlossen war. Die Lüge ist somit für das geltende Währungssystem zwingend. „Die für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen“, so

raschend, daß sie am Tag vor Buß- und Betttag die Annahme spekulativen Auslandsgeldes stoppten. Sie öffneten ihre Kassen erst wieder, als ihnen die Spekulanten für sogenanntes Tagesgeld eine Prämie von einem Prozent aufdrängten.

Einigen von ihnen war auch das nicht genug: Verkaufsoorders großer deutscher Konzerne, ausländische Valuta zum besten Tageskurs abzugeben, eröffneten den lizenzierten Devisenhändlern in den letzten Wochen fette Nebenverdienste.



France-Soir
Französische Karikatur: „Nanu, Rohrbruch?“

Standen beispielsweise 20 Millionen Dollar zum Verkauf, so veräußerte der Händler zum nächst nur zwölf Millionen Dollar vor Börsenbeginn, wenn der Dollarkurs — wie zuletzt meistens morgens — noch hoch war. Die restlichen acht Millionen knallte er dann mittags auf die Börse, um den amtlichen Kurs, zu dem traditionell mit dem Auftraggeber abgerechnet wird, möglichst stark zu drücken. Bei einer täglichen Kursschwankung von nur einem viertel Pfennig machte das einen Zusatzgewinn von 30 000 Mark aus, den die ehrbaren Bankiers stillschweigend einstrichen.

Je ungestümer die Spekulanten ihr Geld auf deutsche Konten pumpten, desto lauter erscholl der Ruf nach der Aufwertung. In der vorletzten Woche verlangte Frankreichs Couve in einem Brief an Bundeskanzler Kiesinger, Bonn möge den offiziellen Preis der unterbewerteten Mark endlich heraufsetzen.

Am Montagabend vergangener Woche lud Kiesinger die Spitzen der Bundesbank sowie Schiller, Strauß und mehrere Staatssekretäre zu sich ins Palais Schaumburg. Schiller und Strauß lehnten jede Aufwertung der Mark rundweg ab, Schiller unter anderem deshalb, weil er um sein Konjunkturprogramm fürchtete, Strauß, weil eine fünfprozentige Aufwertung das Bonner Budget jährlich mit mindestens 3,5 Milliarden Mark belasten würde.

Bundesbankchef Karl Blessing, sein Stellvertreter Troeger sowie die Direktoren Otmar Emminger und Heinrich Irmeler hingegen sprachen sich für

eine Aufwertung der Mark aus. Seit einigen Wochen sind namentlich die Währungsbanker Emminger und Irmeler, die auf internationalen Konferenzen häufig Klagen ihrer Kollegen aus den Nachbarländern anhören mußten, der Ansicht, daß eine Aufwertung der Mark erforderlich ist, um auch in Zukunft die Preisstabilität zu sichern.

Während Politiker und Experten diskutierten, ging im Vorzimmer das Telefon. Die US-Botschaft meldete aus Bad Godesberg, der amerikanische Finanzminister Henry Fowler sei gerade in Bonn eingetroffen und wünsche umgehend den Kanzler zu sprechen. Kiesinger bat Fowler zu sich.

Der Amerikaner überbrachte ein Schreiben seines Präsidenten Johnson, in dem die US-Regierung in allgemeinen Wendungen die Notwendigkeit betonte, das internationale Währungssystem müsse gestützt werden. Fowler ergänzte: Die „beste Maßnahme“ sei eine Aufwertung der Mark.

Strauß begehrte sofort auf: „Wenn eine DM-Aufwertung beschlossen werden sollte, dann werde ich zurücktreten.“

Schiller sekundierte: „Nicht die Mark ist unterbewertet, sondern der amerikanische Dollar ist überbewertet.“ Fowler bullerte zurück: „Das Gold ist die Sonne, der Dollar der Mond. Diese Distanz ist unveränderlich.“ Nach dem astronomischen Disput gingen die Herren zu Bett.

Am Dienstagnachmittag, während Kiesinger das Währungsproblem mit den Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen und den Ministern Strauß und Schiller besprach, warteten Fowler und der Bonner US-Botschafter Cabot Lodge schon wieder im Kanzleramt. Kiesinger ließ die Amerikaner fast eine halbe Stunde lang sitzen und empfing sie dann allein. Fowler drängte abermals auf

Mark-Aufwertung, aber Kiesinger redete sich heraus, er allein könne gar nichts entscheiden.

In Wirklichkeit war die Entscheidung bereits wenige Minuten zuvor gefallen. Während Fowler im Vorzimmer wartete, hatte der Kanzler seine Furcht vor dem massiven Druck des Dreibunds überwunden und einer Kompro-

mißformel Schillers zugestimmt. Der Vorschlag an den Bundestag, durch steuerliche Manipulationen den Export zu bremsen und die Einfuhren zu stimulieren, ist ein Aufwertungsersatz. Professor Giersch nennt ihn „eine maskierte Teilaufwertung“.

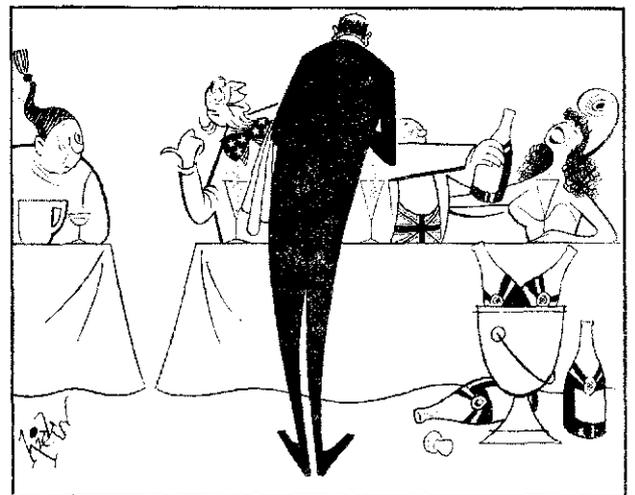
Die Zusatzsteuer trifft alle deutschen Güterexporte, nicht hingegen Dienstleistungen und den Kapitalverkehr. VW-Generaldirektor Kurt Lotz, mit über sechs Milliarden Mark Auslandsumsatz Deutschlands größter Exporteur, empfindet sie als „sehr harte Maßnahme an der äußerst zumutbaren Grenze“.

Thyssen-Rohr-Chef Ernst Wolf Mommsen, neben Mannesmann Deutschlands größter Röhren-Exporteur, hält die Schiller-Steuer für „wahnsinnig gefährlich“. Der Vorsitzende des Exportausschusses Maschinenbau, Alfred E. Schulz, kommentierte: „Schöne Schiete“, der Generaldirektor des größten deutschen Schuhkonzerns Salamander, Theo Hieronimi, sogar: „Eine große Schweinerei.“

Lediglich Großimporteure wie Helmut Horten (Vorstandsmitglied Fritz Seydaack: „Sehr erfreulich“) und Josef Neckermann („... in die Lage versetzt, dem Verbraucher hochwertige Ware noch preisgünstiger anbieten zu können“) spendeten dem Minister ungeteilten Beifall.

Bonns Vorleistung, das internationale Währungsdesaster durch Abbau der deutschen Devisenüberschüsse abzuwenden, genigte den Handelspartnern zunächst nicht. Auf der Zehner-Konferenz setzten Amerikaner, Briten und Franzosen ihr Lrängen fort. Selbst das Gespenst Hitler muß in der Konferenz beschworen worden sein, denn vor dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU klagte der Kanzler, daß „mehrere westliche Verbündete sich nicht scheuen, offen die Frage aufzuwerfen, wer denn eigentlich den Krieg verloren hat“.

Kurt Georg Kiesinger, der sich in diesen Tagen wieder einem Phänomen besonderer Art gegenübersah, hätte dem Druck der alliierten Aufwertungsfront allein schwerlich standgehalten



Copyright: Die Welt (Hicks)
Deutsche Karikatur: „Der Herr von nebenan zahlt mit!“



Daily Express

Britische Karikatur: „Warten Sie, Couve, mit dem Anruf nach Bonn, ich studiere noch.“

Die Richtlinien der deutschen Politik bestimmten von Montag bis Freitag Schiller und Strauß.

Der Finanzminister warnte die Verbündeten im Zehnerklub vor den politischen Folgen, die eine unter Druck vorgenommene Aufwertung der D-Mark haben müsse. Dieser Schritt werde den extremen Kräften Wahlkampfmunition liefern. Wenn aber die NPD in Deutschland Erfolg habe, werde das die öffentliche Meinung in jenen Ländern mobilisieren, die jetzt durch die Aufwertungsforderung eine solche Entwicklung begünstigten.

Sodann attackierte Strauß den leichtfertigen Umgang der Verbündeten mit ihren Staatsausgaben. Namentlich erwähnte er die französische und die amerikanische Regierung. Bei beiden sei die angebliche „Inflationsbekämpfung in Wahrheit nur ein Lippenbekenntnis“. Eine Aufwertung der Mark sei währungspolitisch verfehlt. So sei der gegenwärtige Wechselkurs der Mark im Verhältnis beispielsweise zum Gulden, zur Lira und zum belgischen Franc durchaus in Ordnung. Diesen Ländern werde durch eine Aufwertung Schaden zugefügt.

Damit sicherte sich Strauß die Unterstützung der Holländer und Italiener im Zehnerklub. Da Schiller und Strauß bei ihrem entschiedenen Nein blieben (Strauß vor den Führungsgremien der Koalition: „Die dachten wohl, sie hätten noch immer die Regierung Erhard vor sich und ihren Finanzminister Dahlgrün“), verließ Amerikas Fowler schließlich die Linie seiner Brecheisen-Diplomatie.

Am Donnerstag verlangte nur noch Englands Schatzkanzler Roy Jenkins nach einer Mark-Aufwertung. Die übrigen Minister suchten nun, die Krankheit des Währungssystems mit einer Abwertung des Franc zu heilen. Am Nachmittag erklärte der stellvertretende Regierungssprecher Ahlers: „Das Aufwertungs-Drängen ist zu Ende.“

Just zu dieser Stunde tickte im Bundeskanzleramt der Fernschreiber. In einem „vertraulichen“ Kabel teilte



mir zuliebe!
MAYSER „corona“

Sagen Sie nicht einfach „Hut“, sagen Sie

MAYSER

...ein Begriff für Mode in 33 Ländern der Welt

Bundesbankpräsident Karl Blessing dem Kanzler und den Ministern Strauß und Schiller mit, der Zentralbankrat halte die von der Regierung ergriffenen Abwehrmaßnahmen gegen ein Überhandnehmen des Devisenzuflusses nicht für ausreichend. Ohne das Wort Aufwertung zu erwähnen, machten die Zentralbankräte deutlich, daß sie eine Kurskorrektur für den allein richtigen deutschen Beitrag zur Lösung der Weltwährungskrise hielten.

Karl Schiller, der bereits seit langem den Mann in Frankfurt mit offener Feindschaft verfolgt, weil Blessing sich noch nie zum Vollzugsbeamten der Regierung degradieren ließ, sah in der vertraulichen Stellungnahme der Bank keinen Dolchstoß gegen Bonns offizielle Währungspolitik.

Über Telephon leitete Straußens Staatssekretär Grund dem SPD-Vorstand den Inhalt des Schreibens mit. Die SPD-Spitzen verfaßten daraufhin

in mein Haus im Schwarzwald. Meinen Rücktritt würde ich allerdings nur anbieten, wenn man mir Genugtuung in dieser Sache verschafft."

Während die deutsche Kabale abließ, veränderte sich die Szenerie im Zehnerklub. Nunmehr saß Frankreichs Finanzminister Ortoli auf der Anklagebank, nachdem der zweite Konferenztag schon schlecht für ihn begonnen hatte. Ein Türhüter des Wirtschaftsministeriums versperrte dem Franzosen beim Eintritt den Weg und hielt ihn, als Ortoli dennoch in den Sitzungssaal drängte, am Kragen fest. Der Minister konnte erst passieren, nachdem er sich seinen Ausweis aus dem Auto geholt hatte.

Angeführt von den neuen Bündnispartnern Schiller und Fowler, verlangte die Konferenz mit Ausnahme des Briten Jenkins, der Franc müsse unverzüglich abgewertet werden. Ortoli verließ daraufhin das Duisdorfer

Prozent aus. Ortoli stimmte unter der Bedingung zu, daß der Zehnerklub und der Internationale Währungsfonds seinem Land mit kräftigen Kredithilfen beispringen.

Am Freitag früh gegen drei Uhr einigten sich die Konferenz-Teilnehmer auf eine Frankreich-Hilfe in Höhe von acht Milliarden Mark aus Mitteln des Zehnerklubs und der Schweiz. Weitere knapp vier Milliarden Mark stehen beim Währungsfonds in Washington zur Sanierung des Franc bereit. Erstmals bei einer internationalen Hilfsaktion zahlt die Bundesrepublik den höchsten Beitrag: 2,4 Milliarden Mark, 400 Millionen mehr als die USA.

Die Weltwährungs-Krise ist mit der Bonner Konferenz freilich nicht beigelegt. Durch eine Abwertung des Franc sind die Ursachen der periodisch wiederkehrenden finanziellen Erschütterungen nicht beseitigt.

Bislang haben weder Frankreich noch Britannien noch die USA hinreichende Maßnahmen zur Stabilisierung ihrer löcherigen Staatshaushalte ergriffen oder angekündigt. Der englische Finanzminister Jenkins beschränkte sich in Bonn auf das Versprechen, die Verbrauchsteuern für Zigaretten, Whisky und Benzin zu erhöhen, den Außenhändlern Importkauttionen aufzuerlegen und die Teilzahlungskäufe zu erschweren.

Die Währungsordnung der Welt ist so brüchig wie zuvor. Der Saarbrücker Professor Giersch fürchtet, die Bundesregierung habe mit ihrer Maßnahme, den Export-Boom lediglich durch Steuern zu begrenzen, nur einen „Zeitgewinn“ erzielt. Giersch: „Die jetzige Bundesregierung scheint zu hoffen, daß sie damit über die Runden bis zur Bundestagswahl kommt.“

Den Vorteil, so Giersch, könnte lediglich „die internationale Währungs-Spekulation“ haben, die auch in Zukunft „schlechte Devisen“ bei der Bundesbank abliefern und dafür „gutes deutsches Geld“ erhalten. Am Ende müßte Bonn doch aufwerten.

Schon eine Stunde bevor das Kommuniké der Bonner Konferenz am Freitag nachmittag veröffentlicht wurde, triumphierte Franz-Josef Strauß in den offiziellen „Finanz-Nachrichten“ seines Ministeriums, „daß Leistung und Erfolg der deutschen Finanzpolitik eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Zehner-Konferenz... geschaffen haben“.

Während Strauß und Schiller frohlockten, Deutschland vorerst die Aufwertung der Mark erspart zu haben (Schiller: „Auf voraussehbare Zeit vom Tisch“), stand das Regime de Gaulle unter dem Schock der Niederlage. Am Freitag machte die linksstehende Morgenzeitung „Combat“ mit der Schlagzeile auf: „Deutschland unterwirft Europa seinem Gesetz.“

Die regierungsfreundliche „Paris-Presse“ zeigte unter der Balkenüberschrift „Dévaluation“ (Abwertung) ein Schiller-Photo mit dem Text: „Für die Deutschen trägt der Sieg dieses Gesicht. Dieses Gesicht, eisig und autoritär, gehört dem Sieger Karl Schiller.“



Bundesbank-Präsident Blessing (r.): „Schwer erschüttert, tief enttäuscht“

eine scharfe Erklärung, die Helmut Schmidt im Fernsehen verbreitete. Es sei ein „in der deutschen Währungsgeschichte bisher einmaliger Vorgang, daß der Zentralbankrat der eigenen Regierung in den Rücken fällt“. Und intern: „Diese Herren haben schon einmal eine Regierung zum Rücktritt gezwungen. Das wird nicht wieder vorkommen.“

So wurde erst publik, was der deutschen Verhandlungsposition vielleicht hätte schaden können. Über den Bruch der Vertraulichkeit zeigte sich der Bundesbankpräsident „schwer erschüttert und tief enttäuscht“. Der Zentralbankrat habe nicht der Bundesregierung in den Rücken fallen wollen, sondern „in pflichtgemäßer Erfüllung der Beraterfunktion der Bundesbank“ gehandelt. Blessing zum SPIEGEL: „Ich bin jetzt elf Jahre Bundesbankpräsident und habe die Querelen satt. Am liebsten ginge ich

Ministerium und eilte in seine Botschaft, um sich telephonisch Rat bei Premier Couve de Murville zu holen. Couve wachte die ganze Nacht in seinem Dienstzimmer im Matignon.

In den Sitzungssaal zurückgekehrt, verlegte sich Ortoli aufs Pokern. Plötzlich drohte er, der zuvor jede Abwertung weit von sich gewiesen hatte, Frankreich werde den Franc-Kurs erheblich abwerten. Prozentzahlen nannte der Minister nicht, aber seine Umgebung streute aus, die Partner müßten sich auf eine Franc-Abwertung von 15 Prozent einrichten.

Mit dieser Ankündigung verfolgten die Franzosen eine Abschreckungstaktik. Bei einem so drastischen Abwertungssatz wäre auch das Pfund und mit ihm die Währungen der meisten Commonwealth-Staaten in den Strudel geraten.

Weil dadurch neue Erschütterungen ausgelöst worden wären, sprachen sich Frankreichs Partnerländer für einen Abwertungssatz zwischen 7,5 und zehn

* Links Bundesbankdirektor Emminger auf der Bonner Zehner-Konferenz.